

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 29. Juni 2016

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 14 Stadtratsmitglieder. Die Stadträte Ferber und Scherf fehlten entschuldigt.

Ferner waren anwesend: Forstrevierleiter Ralf Steinhardt (bei TOP 3)
VR A. Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 - 7, nichtöffentlich ab TOP 8 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.15 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Stadtratssitzung am 15.06.2016

Der Stadtrat beschloß, die Niederschrift über die Sitzung am 15.06.2016 zu genehmigen.

3. Forstbericht für das Jahr 2015

Forstrevierleitung und Verwaltung haben den Forstbericht für das Jahr 2015 erstellt. Bei Gesamteinnahmen von 577.298,02 € und Gesamtausgaben von 445.783,01 € ergibt sich ein Überschuß von 131.515,01 € (Vorjahr: 105.094,79 €).

Insgesamt wurden 5.647 fm Holz eingeschlagen. Dies entspricht etwa 101% des Soll-Einschlags von 5.600 fm. In den beiden Vorjahren war das Einschlagsoll deutlich unterschritten worden.

Wichtigste Sortimente waren Kieferstammholz (40%) Buchenstammholz (32%) und Fichtenstammholz (16,5%). Das Preisniveau ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben; sortimentsbedingt hat sich der Durchschnittspreis je fm leicht gesenkt.

Bgm. Fath dankte dem Forstrevierleiter und seinem Team für die geleistete Arbeit und betonte die über die Wirtschaftlichkeit hinausgehende Bedeutung des Waldes.

Stadtrat Feyh wies darauf hin, daß das zweitbeste Jahresergebnis erzielt wurde, ohne daß der Hiebsatz angehoben worden wäre. Dies belege eine gute und engagierte Betriebsführung.

Stadtrat Oettinger ergänzte dazu, daß dies auch vom Ergebnis der jüngsten Forsteinrichtung bestätigt worden sei.

Der Stadtrat nahm den Forstbericht 2015 zustimmend zur Kenntnis.

4. Sanierung der Spessart- und Schifferstraße - Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung

Die Tiefbauarbeiten für die Sanierung der Schifferstraße, der Spessartstraße und der Lindengasse sowie die Verlängerung der Spessartstraße mit Seitenästen wurden öffentlich ausgeschrieben. Obgleich neun Firmen das Leistungsverzeichnis angefordert hatten, lag zur Submission am 01.06.2016 nur ein Angebot vor:

Fa. Grümbel, Gössenheim

2.609.341,41 €

Das Angebot liegt ca. 13% über der fortgeschriebenen und auf die LV-Positionen abgestimmten Kostenberechnung des Ingenieurbüros Hoßfeld&Fischer. Maßgeblich hierfür sind praktisch ausschließlich die Ansätze im Bereich des Erdbaus. Dennoch kann nicht von einem unwirtschaftlichen Angebot ausgegangen werden, das eine Aufhebung der Ausschreibung rechtfertigen würde. Hierfür wäre eine Abweichung von etwa 20% nötig. Dabei ist auf das Gesamtangebot abzustellen; eine Beurteilung aufgrund einzelner Positionen oder Leistungsbereiche ist nicht zulässig.

Zusätzlich hat die Fa. Grümbel schriftlich die Anforderungen des Leistungsverzeichnisses zur personellen Ausstattung der Baustelle und zur Bauzeit anerkannt.

Auf Nachfrage von Stadtrat Salvenmoser teilte Bgm. Fath mit, daß gegen die Auftragsvergabe keine haushaltsrechtlichen Hindernisse bekannt sind.

Der Stadtrat beschloß, den Auftrag an die Fa. Grümbel, Gössenheim, zu vergeben.

5. Haushaltsplanung 2016 - Beratung und Beschlußfassung über Einsparpotentiale

5.1 Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

Die Stadt ist Mitglied in einer ganzen Reihe von Vereinen, Verbänden usw. Allein im Jahr 2016 fallen Mitgliedsbeiträge i.H.v. 15.831 €

Die eine oder andere Mitgliedschaft wird für die stetige Aufgabenerfüllung der Stadt nicht benötigt und ist daher entbehrlich. Der Haupt- und Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 20.06.2016 dazu folgenden Beschluß gefaßt

Der Haupt- und Finanzausschuß empfiehlt, folgende Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Termin zu kündigen:

- a) Kreisverband Garten und Landschaft Miltenberg (0.3609.6610: 40,00 €/a)
- b) Bund Naturschutz Bayern (0.3609.6610: 77,00 €/a)
- c) St.-Josefs-Stiftung e.V. (0.4709.6610: 51,13 €/a): unter dem Vorbehalt einer Prüfung des Nutzens
- d) Deutsche Olympische Gesellschaft (0.5500.6610: 52,00 €/a)
- e) Tourismusverband Franken (0.7901.6610: 351,82 €/a)

Der Haupt- und Finanzausschuß empfiehlt ferner, für folgende Mitgliedschaften den konkreten Nutzen für die Stadt ermitteln zu lassen und bei fehlendem Nutzen zu kündigen:

- f) Main Land Miltenberg – Churfranken e.V. (0.7901.6610: 3.378,00 €/a)
- g) Tourist-Info Spessart-Main-Odenwald (0.7901.6610: 351,82 €/a)

Bgm. Fath bat darum, die Mitgliedschaft im Kreisverband Garten und Landschaft nochmals zu überprüfen. Zusätzlich könnte die Mitgliedschaft im Deutschen Verein des Gas- und Wasserfachs (DVGW) gekündigt werden, sobald die Betriebsführung für das städtische Wasserwerk auf einen Dritten übertragen wird. Der Beitrag dort beträgt etwa 210 € jährlich.

Stadtrat Wetzel regte an, die Mitgliedschaft im Bund Naturschutz aufrechtzuerhalten und stattdessen die Mitgliedschaft im Verein Churfranken kritisch zu prüfen, da Vorteile für die Stadt nicht erkennbar seien. Dem schloß sich Stadtrat Laumeister an. Bgm. Fath verwies darauf, daß es sich hierbei um ein Gemeinschaftsprojekt der Kommunen und privater Anbieter in der Region handelt. Er sagte jedoch ein Gespräch mit dem Verein über künftige Steigerungen der Aktivitäten zu.

Der Stadtrat beschloß, folgende Mitgliedschaften umgehend zu kündigen:

- a) St.-Josefs-Stiftung e.V. (0.4709.6610: 51,13 €/a)
- b) Deutsche Olympische Gesellschaft (0.5500.6610: 52,00 €/a)
- c) Tourismusverband Franken (0.7901.6610: 351,82 €/a)
- d) Deutscher Verein des Gas- und Wasserfachs nach Übertragung der Betriebsführung für das Wasserwerk (0.8151.6610: 210,08 €/a)

Folgende Mitgliedschaften sollen einer Prüfung hinsichtlich der Vorteile für die Stadt unterzogen werden:

- a) Main Land Miltenberg – Churfranken e.V. (0.7901.6610: 3.378,00 €/a)
- b) Tourist-Info Spessart-Main-Odenwald (0.7901.6610: 351,82 €/a)
- c) Kreisverband Garten und Landschaft Miltenberg (0.3609.6610: 40,00 €/a)

5.2 Freiwillige Leistungen der Stadt

Der Haupt- und Finanzausschuß hatte in seiner Sitzung vom 30.05.2016 beschlossen, vor einer Hebesatzerhöhung sämtliche freiwilligen Leistungen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen. Die Verwaltung hat alle derzeitigen freiwilligen Leistungen der Stadt in

einer Tabelle zusammengestellt und beziffert. Insgesamt handelt es sich um 78 Positionen. Die freiwilligen Leistungen sind dabei nach Art, Grundlage und möglichen Maßnahmen beschrieben. Zur Bemessung des Einsparpotentials wurden zunächst die Rechnungsergebnisse 2012 – 2015 und der Hh-Ansatz 2016 dargestellt. Daraus wurde ein Jahresdurchschnitt ermittelt, von dem dann die sog. zahlungsunwirksamen Positionen (= die inneren Verrechnungen für Bauhof- und Stadtwaldleistungen und für die Verwaltungskostenbeiträge, die kalkulatorischen Kosten und die Umsatzsteuern) abgesetzt wurden. Der verbleibende Rest bildet das sog. theoretische Einsparpotential.

Dieses wurde mit 434.430 €/a ermittelt. Auf den Verwaltungshaushalt entfallen 335.546 €/a. Zieht man davon das

- a. auf die Schließung des Hallenbads, der 2-fach Sporthalle, des Schiffbaumuseums und des Hauses der Vereine entfallende theoretische Einsparpotential i.H.v. 116.090 €/a
- b. auf die Einstellung der Zusatzentgelte für die OGTS-Kombi-Kurzgruppen entfallende theoretische Einsparpotential i.H.v. 7.500 €/a
- c. auf die Einstellung des Aufstockungsbetrags zum kommunalen Förderanteil für OGTS-Lang- und Feriengruppen entfallende theoretische Einsparpotential i.H.v. 53.030 €/a

ab, verbleibt ein theoretisches Einsparpotential im Verwaltungshaushalt von immerhin 158.926 €/a, was jedoch überwiegend die Schließung städtischer Einrichtungen oder den Entfall traditioneller Veranstaltungen zur Folge hätte.

Während der Beratung wurden insbesondere die freiwillige Übernahme von Schülerbeförderungskosten nach Klingenberg, der Zuschuß zum MuKuBe (wg. des im Jahr 2016 nicht erkennbaren pädagogischen Ansatzes) und der Zuschuß zum Altstadtfest ab 2017 angesprochen.

Stadtrat Laumeister forderte, mit dem Landratsamt wegen der erheblichen Unterstützung der Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS) mit etwa 23.000 €/a Verhandlungen aufzunehmen und eine Gesamtfinanzierung durch den Kreis anzustreben. Auch das Projekt Stolpersteine könne günstiger als bislang geplant realisiert werden.

Bgm. Fath sagte die Aufnahme von Verhandlungen zur JAS zu, sah aber wenig Aussicht auf Erfolg. Zum Projekt Stolpersteine wird am 30.06. ein Gespräch mit Prof. Reder vom Bezirk Unterfranken stattfinden.

Der Stadtrat faßte folgende Beschlüsse:

- Die Übernahme von Schülerbeförderungskosten nach Miltenberg im Rahmen des Mittelschulverbands wird künftig aufgegeben.
- Der Zuschuß zum Altstadtfest wird wegen der noch zu klärenden künftigen Konzeption der Veranstaltung zunächst beibehalten.
- Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales wird beauftragt, Rahmenbedingungen für eine künftige Unterstützung der Veranstaltung MuKuBe zu formulieren.

5.3 Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Kostenseite der beiden städtischen Kindertagesstätten wird weitgehend von den Personalausgaben geprägt. In beiden KiTas beträgt der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben ca. 80%. Diese steigen im Betrachtungszeitraum 2014 – 2019 überdurchschnittlich an. In der KiTa I nehmen sie um insgesamt 105.728 € bzw. um 18,3% (\emptyset 3,7%/a) und in der KiTa II um insgesamt 118.563 € bzw. um 19,5% (\emptyset 3,9%/a) zu. Die Gesamtausgaben entwickeln sich analog. Die Einnahmen halten dieser Entwicklung jedoch nicht stand, weshalb die Defizite ständig steigen und die Kostendeckungsgrade kontinuierlich abnehmen.

Ansatzpunkt für Einsparpotentiale sind deshalb primär die Personalausgaben. Hier ist zunächst zu untersuchen, ob die Stadt Würth a. Main im Vergleich zu den anderen Landkreisgemeinden besondere Dienstleistungen erbringt. Dabei bieten sich insbesondere ein Vergleich der Anstellungsschlüssel und ein Vergleich der jährlichen Schließtage an.

Einsparpotential Anstellungsschlüssel (ASch)

Die Anstellungsschlüssel der Stadt nehmen von Jahr zu Jahr ab. Der gesetzliche ASch sinkt im kommenden Betriebsjahr 2016/2017 auf voraussichtlich 7,6 ab. Damit liegt er um 0,9 unterhalb der vom Stadtrat gezogenen Untergrenze von 8,5 und um 2,4 unterhalb des empfohlenen ASch von 10,0.

Der durchschnittliche gesetzliche ASch liegt für alle bislang abgefragten kommunalen KiTas bei 9,22, also deutlich über den gesetzlichen ASch der Stadt Würth a. Main. Eine Anhebung des gesetzlichen ASch auf 8,0, 8,5, 9,0 bzw. 9,5 würde im BJ 2016/2017 zu Einsparungen in Höhe von 75.613 € bzw. 142.329 €, 201.633 € und 254.695 € führen.

Einsparpotential Schließtage

Die Umfrageergebnisse haben ergeben, dass für alle kommunalen KiTa durchschnittlich 24,5 Schließtage realisiert werden. Die Stadt Würth a. Main kennt bislang i.d.R. keine Schließtage (Ausnahme Weihnachten: bis zu ca. 5 Tage). Die KiTa der Stadt sind ganzjährig geöffnet. Die Einführung von weiteren Schließtagen würde im BJ 2016/2017 beim Springerpersonal zu Personalkosteneinsparungen zwischen 15.959 € bei 5 Schließtagen und 79.796 € bei 25 Schließtagen jährlich führen.

Einsparpotential Elternbeiträge

Ab dem BJ 2016/2017 beträgt die KiGa-Gebühr für eine Betreuungszeit von 3-4 h/d 75,00 €; die Krippengebühr ist doppelt so hoch. Mit diesen Gebühren werden in den Hjahren 2016 – 2019 Elternbeiträge in Höhe von insgesamt 576.290 € eingenommen. Pro 5,00 € bzw. 10,00 € Erhöhung der Eckgebühren steigen die Elternbeiträge um ca. 6% an. Somit könnten über eine Erhöhung der KiTa-Gebühren um je 5,00 € bzw. 10,00 € Mehreinnahmen i.H.v. je ca. 8.500 €/a erzielt werden

Mögliche Einsparungen in den drei angesprochenen Bereichen wurden intensiv erörtert. Dabei wurden sowohl die Ansprüche an eine pädagogisch sinnvolle Arbeit als auch Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Eltern thematisiert. Der Stadtrat faßte schließlich folgende Beschlüsse:

- Die zulässige Untergrenze für den gesetzlichen Anstellungsschlüssel wird für beiden Kindertagesstätten ab dem Betriebsjahr 2016/2017 auf 8,0, ab dem Betriebsjahr 2017/2018 auf 8,5 und ab dem Betriebsjahr 2018/2019 auf 9,0 angehoben.
- Die Kindergarten- und Krippengebühren werden für eine Betreuungszeit von 3-4 Stunden täglich (Eckgebühren) werden ab dem Betriebsjahr 2017/2018 auf 80 € bzw. 160 € je Monat angehoben.
- Die Frage der Schließtage und sich draus ergebender Folgen (insbesondere Einrichtung von Notgruppen) soll nochmals vertieft untersucht werden.

6. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- Das Gelände der Theresienschule wird vom 05.-07.07. von der Bereitschaftspolizei zu Übungszwecken in Anspruch genommen.
- In den nächsten Tagen werden Hinweisschilder auf das geplante Industriegebiet „Weidenhecken“ aufgestellt.

7. Anfragen

- Auf Anfrage von Stadtrat Dreher teilte Bgm. Fath mit, daß die Arbeiten zur Generalsanierung der Grund- und Mittelschule im Zeitplan liegen und mit Ausnahme der Außenanlage bis zum Schuljahresbeginn abgeschlossen sein werden.
- Stadtrat Siebentritt regte an, den Grünabfallsammelplatz mittwochs wie in den Vorjahren zu öffnen. Bgm. Fath wies darauf hin, daß die Nutzerbefragung den Bedarf an einer Öffnung auch an einem Vormittag in der Woche aufgezeigt hat. Nach den Erfahrungen der laufenden Monate soll ggf. eine Nachjustierung erfolgen.

- Stadtrat Salvenmoser regte an, für den geplanten Bauhof eine PPP-Finanzierung zu prüfen und kritisierte die Verwaltung, sie habe insofern zwei Monate ungenutzt verstreichen lassen. Bgm. Fath verwahrte sich hiergegen. Die Möglichkeiten einer Beteiligung werden derzeit von verschiedenen Investoren geprüft; Ergebnisse sind bis Juli voraussichtlich nicht zu erwarten.
- Auf Anfrage von Stadtrat Salvenmoser teilte Bgm. Fath mit, daß die Stadt Klingenberg nur wenig Interesse an einer Kostenbeteiligung am Bau des Kreisverkehrsplatzes an der St 3259 Süd gezeigt hat. Notfalls kann die Maßnahme auch ohne den Anschlußast nach Trennfurt verwirklicht werden. Finanziell ist sie durch die späteren Verkaufserlöse aus dem Industriegebiet „Weidenhecken“ gesichert.

9. Bekanntgaben

Bgm. gab folgendes bekannt:

- Die Vorbereitung des Altstadtfestes hat sich durch mehrere krankheitsbedingte Ausfälle sowohl im Orgakreis als auch in der Stadtverwaltung erheblich erschwert.
- Der Entwurf des Organisationsgutachtens für die Verwaltung soll bis zur 28. KW vorliegen.

Wörth a. Main, den 29.08.2016

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer